

Ausländer in Deutschland: ein langwieriger Integrationsprozeß: demographische und sozialstrukturelle Aspekte

Wiegand, Erich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wiegand, E. (1990). Ausländer in Deutschland: ein langwieriger Integrationsprozeß: demographische und sozialstrukturelle Aspekte. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 3, 5-9. <https://doi.org/10.15464/isi.3.1990.5-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

schaftung diskutiert wurde. Zwischengeschaltet war eine Podiumsdiskussion, auf der dem internationalen Publikum am Beispiel der bundesdeutschen Sozialberichterstattung die Verbreiterung in verschiedene Lebens- und Politikbereiche (z.B. Gesundheits-, Bildungs-, Umweltberichterstattung) sowie die für die Sozialberichterstattung relevanten repräsentativen Datensätze (z.B. ALLBUS, Sozio-ökonomisches Panel, Wohlfahrts-survey) vorgestellt wurden.

Die »neue Phase« der Sozialberichterstattung weist sich beispielsweise dadurch aus, daß neben den seit immerhin fünfzehn Jahren fest etablierten und staatlich institutionalisierten Sozialberichtssystemen, etwa der Niederlande und Schwedens, in weiteren Ländern die Sozialindikatorenforschung auf Dauer institutionalisiert wurde (Bundesrepublik Deutschland) bzw. sich im Aufbau befindet (DDR, CSSR, Spanien, Italien). Zum anderen verschwinden frühere strikte Trennungslinien, etwa zwischen ausschließlich »objektiven« und »subjektiven« Indikatorenssystemen; Informationen über objektive Lebensbedingungen werden zunehmend durch subjektive Indikatoren aus der Umfrageforschung ergänzt (z.B. Ungarn, Bundesrepublik Deutschland); internationale Vergleiche und Analysen langfristiger Wohlfahrtsentwicklungen treten in den Vordergrund.

Neue »grundlagentheoretische Beiträge« waren beispielsweise dem Stellenwert von Zufriedenheitsindikatoren gewidmet. Dabei konnte überzeugend gezeigt werden, daß derartige Indikatoren auch im internationalen Vergleich — zum Beispiel mit empirischen Daten aus der »World Database on Happiness« (Universität Rotterdam) — sehr gut geeignet sind, das Niveau an Lebensqualität verschiedener Länder zu beschreiben. Methodische Studien zur Reliabilität und Validität subjektiver Indikatoren sowie langfristige Vergleiche zur Stabilität und zum Wandel der Struktur subjektiven Wohlbefindens, die beispielsweise am Institute for Social Research in Ann Arbor durchgeführt werden, machten gleichermaßen die Nützlichkeit solcher Indikatoren deutlich: Sie messen, was sie messen sollen, und sie reagieren sensibel auf Veränderungen objektiver Lebensbedingungen. Elaborierte Analysen — etwa auf der Basis von Paneldaten (Australien,

Bundesrepublik Deutschland) — zur theoretisch spannenden Frage der Kausalität zwischen subjektiven Indikatoren in einzelnen Lebensbereichen (»Macht Arbeit insgesamt glücklich oder sind zufriedene Menschen auch mit ihrer Arbeit zufrieden?«) machten ebenso wie die Gegenüberstellung von Ergebnissen der empirischen Wohlfahrtsforschung mit denen der »neuen« Schichtungsforschung — beide auf der empirischen Grundlage der deutschen Wohlfahrts-survey — deutlich, daß erst mit der Verfügbarkeit »breiter« Datensätze die Enge einzelner Fragestellungen und Disziplinen sinnvoll überwunden werden kann.

Das Bild, das sich zusammenfassend aus den verschiedenen Beiträgen und Beispielen ergibt, ist das einer derzeit typischen Konsolidierungsphase der Sozialberichterstattung nach der ebenso typischen — 15 Jahre zurückliegenden — Euphorie mit anschließend ebenso typischer Ernüchterung zu Beginn der achtziger Jahre. Die Sozialberichterstattung auf reduziertem Anspruchsniveau ist

nach wie vor von erheblichem praktischem Nutzen. Dieser Standpunkt wurde gerade von Teilnehmern aus solchen Ländern vertreten, die eine längere Tradition der Sozialberichterstattung aufzuweisen haben.

Die inzwischen vorliegenden und vergleichbaren Datensätze — Systeme objektiver Indikatoren und ergänzende subjektive Informationen aus der Umfrageforschung — eröffnen der Sozialberichterstattung neue Analysemöglichkeiten vor allem des internationalen und längerfristigen Vergleichs einschließlich der Trendfortschreibung in die nähere Zukunft. Sie verweisen jedoch zugleich nicht weniger deutlich auf offene »neue« Grundlagenprobleme theoretischer und methodischer Art.

Die Beiträge zu dieser Konferenz werden 1990 in einem Sammelband publiziert.

Roland Habich
Wissenschaftszentrum Berlin
(Tel.: 030/25491-591)

Ausländer in Deutschland: Ein langwieriger Integrationsprozeß

Demographische und sozialstrukturelle Aspekte

Im Jahr 1973 verfügte die Bundesregierung den sogenannten Anwerbestopp, durch den die Einreise weiterer ausländischer Arbeitnehmer verhindert werden sollte. Der Zuzug aus den ehemaligen Anwerbeländern setzt sich seitdem überwiegend aus nachreisenden Ehegatten und minderjährigen Kindern zusammen. Der Anwerbestopp hat dazu beigetragen, daß Zahl und Anteil ausländischer Arbeitnehmer tendenziell gesunken sind und der Arbeitsmarkt damit langfristig entlastet wurde. Gleichzeitig ist er auch eine der Ursachen für den demographischen Wandel der ausländischen Bevölkerung, der sich seit Beginn der siebziger Jahre vollzogen hat. Durch die Verschiebungen der demographischen Strukturen verlagern sich auch die politischen Schwerpunkte der Ausländerproblematik. Beispielsweise rückt durch die deutlich gestiegene Zahl ausländischer Kinder im schulpflichtigen Alter eine ausländerbezogene Bildungspolitik gleichrangig neben die entsprechende Arbeitsmarktpolitik.

Die Aufenthaltsdauer der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer aus den sechs ehemaligen Anwerbeländern Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portu-

gal, Spanien und Türkei hat sich seit 1973 beträchtlich verlängert. Zumindest für die Staatsangehörigen aus den nicht zur europäischen Gemeinschaft gehören-

den Ländern spielt dabei eine Rolle, daß bei einer Rückkehr ins Heimatland die eventuelle spätere Wiedereinreise in die Bundesrepublik durch den Anwerbestopp kaum noch möglich ist. Von den Ausländern der oben genannten sechs Nationalitäten lebten 1973 knapp 56 Prozent noch keine vier Jahre in Deutschland. Dieser Anteil ist seitdem kontinuierlich bis auf gegenwärtig ungefähr zehn Prozent gesunken. Deutlich gestiegen ist dagegen der Anteil derjenigen, die schon zehn Jahre oder länger hier leben: von knapp elf Prozent im Jahr 1973 bis auf fast 68 Prozent im Jahr 1987.

Mit der Verlängerung der Aufenthaltsdauer ging eine Verfestigung des aufenthaltsrechtlichen Status einher. Nach den Ergebnissen zweier 1980 und 1985 vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung durchgeführten Repräsentativbefragungen unter den sechs bereits genannten Nationalitäten stieg der Anteil der Ausländer mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis von 23 Prozent auf fast 38 Prozent. Noch deutlicher fiel die Verbesserung bei der Aufenthaltsberechtigung aus. Hier stieg der Anteil von knapp

zweieinhalb Prozent im Jahr 1980 auf über 23 Prozent im Jahr 1985. Stark zurückgegangen ist dementsprechend der Anteil der befragten Ausländer, die nur eine befristete Aufenthaltserlaubnis besitzen.

Geringes Interesse an Einbürgerung

Nach den Vorstellungen der Bundesregierung sollen die in Deutschland lebenden Ausländer sich entscheiden, ob sie in ihr Heimatland zurückkehren oder in Deutschland bleiben und sich den hiesigen Lebensformen anpassen wollen. Ganz am Ende dieses umfassenden Anpassungsprozesses steht dann die Einbürgerung. Von den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern erwirbt allerdings jedes Jahr nur ein sehr geringer Prozentsatz die deutsche Staatsangehörigkeit. Beispielsweise betrug dieser Anteil im Jahr 1987 bei den Jugoslawen lediglich 0,4 Prozent, bei Italienern und Türken sogar nur 0,1 Prozent.

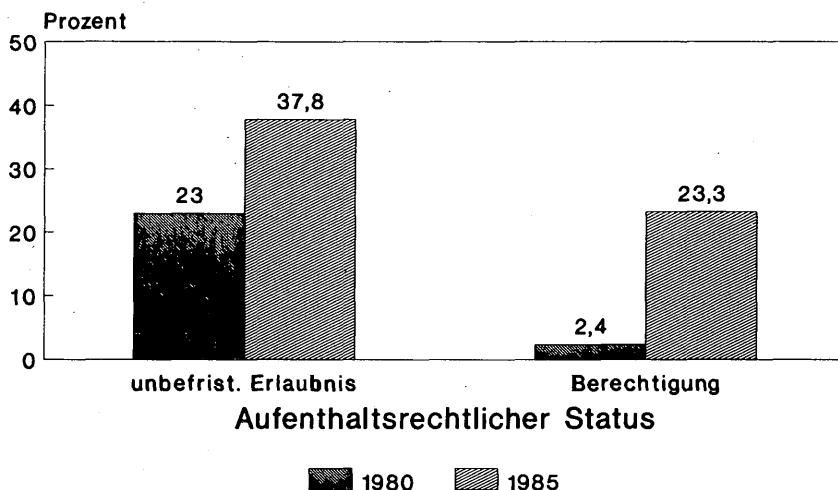
Von zentraler Bedeutung für die geringe Zahl der Einbürgerungen ist die negative Einstellung von Ausländern gegenüber der deutschen Staatsangehörigkeit. In den bereits genannten Repräsentativbe-

Tabelle 1: Bereitschaft zur Einbürgerung nach Nationalität und Alter

	Wollen die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen	
	1980 %	1985 %
Griechen	7,6	4,1
Italiener	7,0	4,4
Jugoslawen	7,3	6,9
Portugiesen	4,6	4,3
Spanier	5,3	3,4
Türken	6,2	7,5
15 - 24 Jahre	8,7	8,9
25 - 29 Jahre		6,2
30 - 34 Jahre		8,4
35 - 39 Jahre		5,6
40 - 44 Jahre		4,4
45 Jahre u.ä.	4,7	3,8
Insgesamt	6,6	6,2

Datenbasis: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Graphik 1. Verfestigung des aufenthaltsrechtlichen Status von Ausländern 1980 und 1985



Datenbasis: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

fragungen äußerten 1980 und 1985 jeweils weniger als sieben Prozent der Befragten, die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen zu wollen. Die verschiedenen Nationalitäten weichen jeweils nur geringfügig von diesem Wert ab. Auch die Unterschiede zwischen den verschiedenen Altersgruppen sind geringer als man vermuten könnte. Selbst bei der Altersgruppe der 15- bis 24jährigen, wo man eine vergleichsweise positive Einstellung zur Einbürgerung annimmt, bleibt der Anteil derer, die die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen wollen, zu beiden Zeitpunkten unter neun Prozent. Auf die Frage nach den Gründen für die Ablehnung der deutschen Staatsangehörigkeit wurde sowohl 1980 als auch 1985 am häufigsten geantwortet, daß man Staatsangehöriger des Heimatlandes bleiben wolle. An zweiter Stelle stand jeweils die Absicht, in die Heimat zurückkehren zu wollen. Und als dritthäufigster Grund wurde die mit der deutschen Staatsangehörigkeit verbundene Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit genannt, weil eine Doppelstaatsangehörigkeit in der Regel nicht möglich ist.

Mit den Veränderungen der demographischen Strukturen der ausländischen Bevölkerung, die denen der deutschen Bevölkerung ähnlicher geworden sind, mit der Verlängerung des Aufenthalts, wodurch Lern- und Anpassungsprozesse wahrscheinlicher werden, sowie der Verfestigung des aufenthaltsrechtlichen Status, die eine langfristige Lebensplanung in Deutschland erleichtert, haben sich die sozialstrukturellen und institutionellen Voraussetzungen für eine vollständige soziale Integration der in Deutschland lebenden Ausländer verbessert.

Schulische Integration kommt langsam voran

Das besondere Interesse der Bundesregierung ist auf die Integration der sogenannten »zweiten Ausländergeneration« gerichtet; das sind all diejenigen, die in Deutschland geboren sind. Ende des Jahres 1987 gehörten 23 Prozent der hier lebenden Ausländer aus den sechs ehemaligen Anwerbeländern Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Spanien und Türkei der sogenannten »zweiten Generation« an. Berücksichtigt man aber nur die jugendlichen Ausländer unter 18 Jahren, dann beträgt der Anteil der »zweiten Generation« fast siebenzig Prozent. Im Gegensatz zu den sogenannten »Seiteneinsteigern«, d.h. denjenigen, die erst im schulpflichtigen Alter in die Bundesrepublik eingereist sind, besitzen die hier geborenen Ausländer in der Regel alle persönlichen Voraussetzungen —

insbesondere gute Kenntnisse der deutschen Sprache — für ein erfolgreiches Durchlaufen des deutschen Schulsystems.

Der Anteil ausländischer Schüler im allgemeinbildenden Schulsystem stieg von knapp drei Prozent im Jahr 1973 bis auf über zehn Prozent im Jahr 1987. Überdurchschnittliche Ausländeranteile finden sich bei den Grund- und Hauptschulen, seit 1977 bei den Sonderschulen sowie seit 1984 auch bei den Integrierten Gesamtschulen. Der relativ hohe Anteil ausländischer Schüler in Sonderschulen dürfte hauptsächlich auf noch vorhandene sprachliche Defizite zurückzuführen sein. Der überdurchschnittliche Ausländeranteil in den Integrierten Gesamtschulen mag als Indiz dafür gelten, daß diese Schulform für die Bildungsbedürfnisse und Lernprobleme von Ausländern in besonderem Maße geeignet ist.

Die Verteilung der ausländischen und der deutschen Schüler auf die verschiedenen Schularten des allgemeinbildenden Schulsystems sind seit Beginn der achtziger Jahre ähnlicher geworden. Das ist allerdings weniger auf den Abbau ausländerspezifischer Benachteiligungen sondern in erster Linie auf die Angleichung der Altersstrukturen ausländischer und deutscher Schüler zurückzuführen. Belegt wird dies auch durch die Entwicklung zwischen 1973 und 1980, wo die Unterschiede des Schulbesuchs zwischen Ausländern und Deutschen größer wur-

den, parallel dazu aber auch die Unterschiede zwischen den Altersstrukturen.

Uneinheitliche Entwicklungen bei der beruflichen Integration

Als zu Beginn der sechziger Jahre ausländische Arbeitnehmer in großer Zahl angeworben wurden, sollte damit der akute Arbeitskräftemangel in verschiedenen Wirtschaftszweigen behoben werden. Beschäftigung fanden die sogenannten »Gastarbeiter« vor allem im Verarbeitenden Gewerbe, in der Bauwirtschaft und im Dienstleistungsbereich. Dieser Tatbestand hatte sich bis zum Inkrafttreten des Anwerbestopps nicht grundlegend verändert. Im Jahr 1974 waren fast 86 Prozent der sozialversicherungspflichtigen ausländischen Arbeitnehmer in den drei genannten Wirtschaftszweigen beschäftigt; demgegenüber aber nur zwei Drittel aller Arbeitnehmer. Insbesondere für das verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft war die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer von erheblicher Bedeutung. Das belegen die vergleichsweise hohen Ausländeranteile an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Mit jeweils rund 15 Prozent lagen sie deutlich über dem Ausländeranteil in der Wirtschaft insgesamt.

Seit 1974 ist die Bedeutung der Ausländerbeschäftigung für die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland tendenziell leicht gesunken. In allen Wirtschaftszweigen stagnieren die Ausländeranteile an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, oder sie gehen sogar zurück.

Gleichzeitig nimmt die Konzentration der Ausländerbeschäftigung auf einzelne Wirtschaftszweige leicht ab. Im Jahr 1988 sind nunmehr knapp 81 Prozent der ausländischen Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe, der Bauwirtschaft und im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Bei den ausländischen und deutschen Arbeitnehmern zusammen ist der entsprechende Anteil dagegen nur geringfügig auf rund 65 Prozent gesunken.

Ein differenzierteres Bild von der Entwicklung der Ausländerbeschäftigung erhält man, wenn der Blick auf einen einzelnen Wirtschaftszweig oder die verschiedenen Wirtschaftsgruppen, aus denen er sich zusammensetzt, gerichtet wird. Im Dienstleistungsbereich bei-

Tabelle 2: Ausländer in allgemeinbildenden Schulen

	Anteil der ausländischen Schüler an allen Schülern in der jeweiligen Schulart			Anteil der ausländischen Schüler in der jeweiligen Schulart an allen ausländischen Schülern		
	1973 %	1980 %	1987 %	1973 %	1980 %	1987 %
Grund- und Hauptschulen	3,7	10,4	13,5	85,8	83,1	71,7
Sonderschulen	2,1	7,8	16,1	2,9	4,4	5,9
Realschulen	0,9	2,1	6,5	3,4	4,6	8,6
Gymnasien	1,1	1,9	4,0	6,9	6,3	9,3
Gesamtschulen	2,7	4,8	12,7	1,0	1,6	4,5
Allgemeinbildende Schulen						
Insgesamt	2,9	7,0	10,4	100	100	100

Datenbasis: Statistisches Bundesamt

Tabelle 3: Die Bedeutung der Ausländerbeschäftigung in ausgewählten Wirtschaftsbranchen

	Anteil der beschäftigten Ausländer an allen in der jeweiligen Wirtschaftsbranche Beschäftigten			Anteil der in der jeweiligen Wirtschaftsbranche beschäftigten Ausländer an allen Ausländern		
	1974 %	1981 %	1988 %	1974 %	1981 %	1988 %
Verarbeitendes Gewerbe	15,3	12,8	10,4	61,9	56,8	52,1
Gießereien	28,3	26,6	23,9	2,8*	2,8*	3,0*
Baugewerbe	14,9	11,8	9,9	11,9	10,5	8,7
Dienstleistungen	9,1	8,3	7,5	11,8	15,8	19,8
Gaststätten und Beherbergung	21,7	21,4	19,3	28,1*	29,9*	28,6*
Rechts- und Wirtschaftsberatung	1,8	2,1	2,1	1,2*	1,5*	2,0*
Wirtschaft insgesamt	10,9	9,1	7,7	100	100	100

* Nicht auf die in der Wirtschaft insgesamt sondern auf die in der jeweiligen Wirtschaftsgruppe sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer bezogen.

Datenbasis: Bundesanstalt für Arbeit

spielsweise sinkt der Anteil der Ausländer an allen in diesem Wirtschaftszweig beschäftigten Arbeitnehmern. Gleichzeitig steigt aber der Anteil der im Dienstleistungsbereich beschäftigten Ausländer an allen ausländischen Arbeitnehmern. Im Zeitverlauf nimmt also die Bedeutung der Ausländerbeschäftigung für die Entwicklung des Dienstleistungsbereichs ab; es steigt aber die Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges für die Beschäftigung von Ausländern.

Anders als zwischen den relativ hochagregierten Wirtschaftszweigen weisen die Ausländeranteile bei den abhängig Beschäftigten zwischen den verschiedenen Wirtschaftsgruppen erheblich höhere Schwankungen auf. Den höchsten Anteil ausländischer Arbeitnehmer weisen unter allen Wirtschaftsgruppen die Gießereien auf. Im Jahr 1974 lag der Ausländeranteil hier über 28 Prozent, und gegenwärtig beträgt er immer noch fast 24 Prozent. Innerhalb der Dienstleistungen ist die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer insbesondere für das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe von zentraler Bedeutung. Hier schwankt der Ausländeranteil konstant um zwanzig Prozent. Dagegen ist die Rechts- und Wirtschaftsberatung ein Beispiel für eine Wirtschaftsgruppe mit sehr geringer Ausländerbeschäftigung. Der Ausländeranteil bewegt sich hier permanent auf

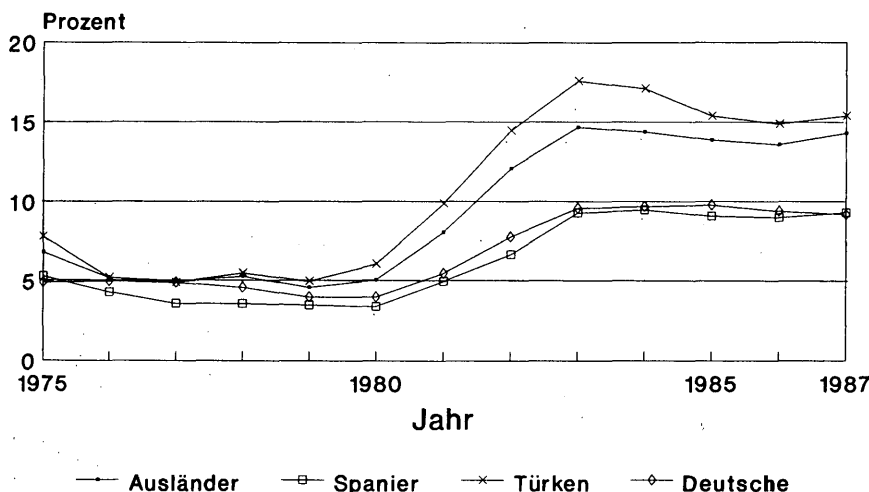
dem niedrigen Niveau von rund zwei Prozent. Während seit dem Inkrafttreten des Anwerbestopps die Verteilung der ausländischen Arbeitnehmer auf die verschiedenen Wirtschaftszweige sich der

entsprechenden Verteilung aller Arbeitnehmer tendenziell leicht annähert, kann innerhalb des Dienstleistungsbereichs eine geringfügige Vergrößerung der Unterschiede zwischen den Verteilungen auf die verschiedenen Wirtschaftsgruppen festgestellt werden.

Höhere Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit

Ausländische Arbeitnehmer sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als die Deutschen. Das spiegelt sich in einer höheren Arbeitslosenquote wider. Während die Arbeitslosenquote bei den Deutschen auch in der Phase hoher Arbeitslosigkeit stets unter zehn Prozent blieb, kletterte sie bei den ausländischen Arbeitnehmern bis auf über vierzehn Prozent. Allerdings sind nicht alle Nationalitäten in gleichem Ausmaß von der Arbeitslosigkeit betroffen. Von den Ausländern aus den sechs ehemaligen Hauptanwerbeländern für ausländische Arbeitskräfte weisen gegenwärtig die Italiener mit fast 17 und die Türken mit über 15 Prozent die höchsten Arbeitslosenquoten auf. In einer vergleichsweise günstigen Position befinden sich die Spanier und vor allem die Portugiesen.

**Graphik 2
Entwicklung der Arbeitslosenquote bei Ausländern und Deutschen 1975 bis 1987**



Datenbasis: Bundesanstalt für Arbeit

Als in der ersten Hälfte der sechziger Jahre ausländische Arbeitnehmer in großer Zahl in die Bundesrepublik einreisten, wurden sie ganz überwiegend in wenig attraktiven Positionen beschäftigt, die aufgrund der günstigen Arbeitsmarktsituation nicht mit Deutschen besetzt werden konnten. Sie trugen damit dazu bei, Arbeitsplätze von Deutschen zu sichern und ermöglichten auch deutschen Arbeitnehmern mit geringer Qualifikation einen individuellen beruflichen Aufstieg. In der gegenwärtig noch immer angespannten Situation dagegen verschärfen die ausländischen Arbeitnehmer darüber hinaus noch die Konkurrenz um die ohnehin knappen Arbeitsplätze. Die höhere Arbeitslosenquote bei ausländischen Arbeitnehmern ist allerdings ein Indiz dafür, daß politische Parolen wie »Ausländer nehmen uns Deutschen die Arbeitsplätze weg« unzutreffend sind, und die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt — sofern sie aufgrund unterschiedlicher Qualifikationsstrukturen und Branchenverteilungen überhaupt besteht — häufiger zu Lasten der Ausländer entschieden wird.

Die unterschiedlichen Qualifikationsstrukturen und Branchenverteilungen ausländischer und deutscher Arbeitnehmer begrenzen die tatsächliche Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt auf ein Maß, das deutlich geringer ist, als es die Propaganda von der rechten Seite des politischen Spektrums glauben machen will. Man muß allerdings davon ausgehen, daß der Wettbewerb durch die sich langsam verbessernde berufliche Integration von Ausländern insbesondere für deutsche Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation in den letzten Jahren härter geworden ist und sich diese Tendenz in naher Zukunft noch fortsetzen wird.

*Erich Wiegand
(Tel.: 0621/18004-15)*

Datenreport 1989

Kontinuierliche Zusammenarbeit von amtlicher Statistik und Sozialwissenschaft

Mit der gerade erschienenen vierten Ausgabe des Datenreport 1989 haben die Bundeszentrale für politische Bildung und das Statistische Bundesamt wieder ein informatives Handbuch vorgelegt, das ein differenziertes Bild von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland vermittelt und das die objektiven Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden der Bevölkerung analysiert. Zu diesem Zweck haben amtliche Statistiker und Sozialwissenschaftler aus ihren Datenbeständen die wichtigsten Grundzahlen zusammengestellt, verständlich erläutert und kommentiert.

Als der Datenreport 1983 zum erstenmal publiziert wurde, verfolgten die Bundeszentrale für politische Bildung und das Statistische Bundesamt vor allem das Ziel, einer interessierten Öffentlichkeit wichtige Ergebnisse der amtlichen Statistik in leichtverständlicher Form näherzubringen. In der zweiten Ausgabe des Datenreport 1985 sollte die wirtschaftliche und soziale Situation in der Bundesrepublik Deutschland noch umfassender dargestellt werden. Der Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim konzipierte und verfaßte einen Teil II »Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden«, der den Teil I der amtlichen Statistik »Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik« um wohlfahrtsrelevante Informationen ergänzt, die außerhalb des Erhebungsprogramms der statistischen Ämter liegen. Damit wurde eine Brücke geschlagen zwischen den Zahlen und Fakten aus der amtlichen Statistik und den Erkenntnissen der Sozialwissenschaft über objektive Lebensbedingungen und deren subjektive Wahrnehmung und Bewertung.

Die amtliche Statistik ist der wichtigste Produzent von Grunddaten über die vielfältigsten Aspekte des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland. Neben der großen Breite an Fragestellungen, für die sie Informationen zur Verfügung stellt, liegt die besondere Stärke der amtlichen Stati-

stik im großen Umfang und der langfristigen Kontinuität ihrer Erhebungen. Die amtliche Statistik ist ein Teil der Staatsverwaltung. Deshalb stellt ihre Tätigkeit auch eine Art Buchhaltung des Regierungs- und Verwaltungsgeschehens dar. Damit verbunden ist eine weitgehende Abstinenz der amtlichen Statistik von der Erhebung subjektiver Wertorientierungen und Einstellungen der Bevölkerung. Für die Lebensqualität von Personen sind aber nicht nur die objektiven Lebensbedingungen (z.B. Arbeitsbedingungen, Wohnverhältnisse, Umweltbelastungen) maßgeblich. Bedeutsam sind auch die subjektiven Bewertungen und die individuellen Wichtigkeiten der einzelnen Lebensbereiche sowie die verschiedenartigen sozialen Vergleiche, die Menschen hinsichtlich ihrer Lebensbedingungen vornehmen.

Die Konzeption des Datenreport 1985 fand bei einem großen Kreis von Interessenten ein ausgesprochen positives Echo. Deshalb haben die Bundeszentrale für politische Bildung und das Statistische Bundesamt sich entschlossen, den Datenreport regelmäßig im Abstand von jeweils zwei Jahren zu veröffentlichen. Auch die gerade erschienene vierte Ausgabe des Datenreport 1989 ist wieder in Zusammenarbeit von amtlichen Statistikern und dem Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim entstanden.

Im Teil I »Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik« vermittelt das Statistische Bundesamt Zahlen und Daten, die unsere gegenwärtige Situation ebenso charakterisieren, wie sie die vierzigjährige Entwicklung der Bundesrepublik protokollieren. Dabei sind auch die vorliegenden Ergebnisse der Volkszählung vom 25. Mai 1987 erstmals umfassend berücksichtigt worden. Die Ergebnisse der Volkszählung zeigen, daß zentrale statistische Größen, von denen man bisher ausging, sich als falsch erwiesen. So hatte man eine um ein bis zwei Millionen niedrigere Bevölkerungszahl für die Bundesrepublik angenommen, als die Volkszählung sie dann tatsächlich regi-